

# NIEDERSCHRIFT HFA/0025/2023

über die Sitzung des **Haupt- und Finanzausschusses** am 09.11.2023 im Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ausschussmitglieder:

Frau Heike Ahlers  
Herr Matthias Ahlers  
Herr Marco Lennertz  
Herr Franz Josef Schulze Thier  
Herr Christoph Ueding  
Frau Hanna Hüwe  
Herr Thomas Jakobi  
Herr Carsten Rampe  
Herr Thomas Tauber

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW:

Herr Niels Geuking

Entschuldigt fehlt:

Frau Iris Pawliczek

Von der Verwaltung:

Herr Hubertus Messing  
Frau Marion Lammers  
Herr Martin Struffert  
Frau Michaela Besecke  
Herr Marcel Wissing

Schriefführerin:

Frau Ute Höning

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:05 Uhr

Die Vorsitzende Frau Dirks stellt zunächst fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich seitens der Ausschussmitglieder kein Widerspruch.

## TAGESORDNUNG

### I. Öffentliche Sitzung

#### 1. Ersatzbeschaffung eines Bürgerbusses

Frau Dirks begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt einige Vertreter des Bürgerbusvereins. Herr Drees hat eine Power-Point-Präsentation erstellt, die von Herr Messing erläutert wird, da Herr Drees leider verhindert ist. Die Notwendigkeit, die Ausführung des Fahrzeuges sowie die Realisierungsmöglichkeiten einer Ersatzbeschaffung werden ausführlich dargestellt.

Alle Fraktionen sowie das parteilose Mitglied Herr Geuking bedanken sich bei den ehrenamtlich Tätigen für ihren großartigen Einsatz und sagen ihre Unterstützung zu. Die Lebensqualität aller Billerbecker Bürger wird durch das Angebot gesteigert.

Durch die Neuanschaffung eines Niederflurfahrzeuges wird zudem die Barrierefreiheit für mobilitätseingeschränkte Menschen, die auf Hilfsmittel (Rollstuhl, Rollator) angewiesen sind und auch Mütter mit Kinderwagen, die Nutzung dieses Angebotes erleichtert. Die Weiterführung des Bürgerbusangebotes ist für alle Menschen in Billerbeck ein hervorragendes Angebot.

Auf Nachfrage von Frau Hüwe, ob auch E-Rollstühle mitgenommen werden können, entgegnet Herr Wallocha (Bürgerbusverein), dass dieses leider nicht möglich ist, da die Fahrzeuge für den Bus zu schwer sind.

Herr Lennertz hinterfragt den angesetzten Restwert des jetzigen Bürgerbusses i.H.v. 5.000 €.

Hierauf entgegnet Herr Messing, dass dieses der kalkulierte Preis im Rahmen der Gesamtfinanzierung ist. Grundsätzlich werden die nicht mehr benötigten Busse vom RVM in einem standardisiertem Verfahren versteigert.

Frau Dirks weist darauf hin, dass die Betriebskosten des mittlerweile sieben Jahre alten Busses enorm gestiegen sind und dieses bei weiteren Verwendungsmöglichkeiten oder -ideen zu berücksichtigen ist.

#### **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Der RVM wird beauftragt, die Ersatzbeschaffung für ein neues Bürgerbusfahrzeuges vom Typ Mercedes Benz als Mittelniederflurfahrzeug vorzunehmen. Die nicht durch Landesförderung und sonstigen Zuschüssen gedeckten Kosten in Höhe von rund 30.000,00 € werden mit in die Änderungsliste aufgenommen und im Haushalt 2024 zur Verfügung gestellt.

**Stimmabgabe:** einstimmig

## 2. **Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024 sowie Finanzplanung und Investitionsprogramm für die Jahre 2024 bis 2027**

Frau Lammers erläutert zunächst – anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 1 zur Niederschrift) - die neuesten Erkenntnisse bzw. das Jahresgutachten der Wirtschaftsweisen sowie die Auswirkungen für die Stadt Billerbeck.

<https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/jahresgutachten-2023.html?returnUrl=%2Findex.html&cHash=ea1be7d24b35d054a5df0504a6825a93>

Bezugnehmend auf die vorab zur Verfügung gestellte Änderungsliste zum Haushaltsentwurf 2024 erörtert Frau Lammers den aktuellen Stand des Haushaltsentwurfes.

Anschließend meldet sich Herr Geuking zu Wort und hinterfragt die zusätzlichen Kosten für den Hauptverteiler auf der neuen PV-Anlage an der Geschwister-Eichenwald-Schule. Frau Besecke antwortet, dass diese Kosten bei der PV-Anlage bereits eingeplant waren. Allerdings haben sich die Kosten und Nebenkosten für die PV-Anlage selber gegenüber der vorherigen Kalkulation erhöht.

Auf Nachfrage von Frau Dirks zum Thema Haushalt äußert Herr Lennertz, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine weiteren Fragen oder Anregungen gemacht werden. Weitere Beratungen zum Haushalt erfolgen in einer Klausurtagung zusammen mit der Kämmerin Frau Lammers am 18. November 2023. Seitens der Fraktion der CDU sind hinsichtlich der Investitionskosten für den Bauhof noch Gespräche erforderlich. Zu klären sind hier u.a. Standards des Bauhofes und ein zeitlicher Fahrplan, der den Bauhof wachsen lässt, um das klimaneutrale Ziel des Bauhofes zu erreichen. Eine Verteilung auf mehrere Jahre wäre hier in seinen Augen durchaus denkbar – mit dem Ziel den Haushalt in den folgenden Jahren nicht so sehr zu belasten.

Des Weiteren besteht innerhalb der eigenen Fraktion noch Beratungsbedarf hinsichtlich einer möglichen Grundsteuer A-Erhöhung.

Frau Dirks ergänzt zum Thema Bauhof, dass das Raumprogramm für den neuen Bauhof bereits erarbeitet wurde. Die weitere Vorgehensweise wird in Abstimmung mit der Politik erfolgen.

Seitens der Verwaltung meldet sich Frau Besecke zu Wort und merkt an, dass bezüglich des Radweges entlang der L 581 nunmehr eine genauere Kalkulation der Kosten erfolgen kann und dieses ebenso in der 2. Änderungsliste berücksichtigt werden müsse.

Weitere Fragen oder Anregungen ergeben sich nicht.

Nachfolgend erläutert Herr Messing anhand des Haushaltsentwurfes den hierin enthaltenen Stellenplan der Stadt Billerbeck. Seitens der Ausschussmitglieder ergeben sich keine Fragen.

Abschließend wird dieser Tagesordnungspunkt in Übereinstimmung mit allen Ausschussmitgliedern und dem Hinweis auf die zweite Haushaltsberatung am 30.11.2023 ohne Abstimmung über den Beschlussvorschlag verlassen.

### **3. Bericht über die aktuelle Flüchtlingssituation in der Stadt Billerbeck**

Herr Struffert erläutert zunächst anhand der Sitzungsvorlage die aktuelle Flüchtlingssituation in der Stadt Billerbeck.

Ergänzend teilt Herr Struffert mit, dass die Anzahl der aufgenommenen und zu betreuenden Personen weiterhin ständig steigen werde – für die nächste Woche z.B. sind bereits weitere 7 Personen angekündigt – für die übernächste Woche 6 Personen. Der Zuweisungsdruck ist somit enorm hoch und die Unterbringungsmöglichkeiten sehr begrenzt.

Des Weiteren schildert Herr Struffert anhand einer Folie (s. Anlage 3 zur Niederschrift) die Herkunft der Flüchtlinge. Personen aus 25 Nationen haben bislang in Billerbeck Zuflucht gefunden – wobei die Unterbringung aufgrund der Herkunft nicht einfach ist (u.a. unterschiedl. Religionen / allein reisende junge Männer sollten nicht zusammen mit allein reisenden Frauen mit Kindern untergebracht werden). Zurzeit sind die vorgenannten Personen in 16 Unterkünften untergebracht.

Darüber hinaus geht Herr Struffert davon aus, dass zumindest eine Vielzahl der ukrainischen Flüchtlinge längerfristig in Billerbeck bleiben werde. Mittlerweile ist die EU-Massenzustromsregelung-Richtlinie bis zum 03.03.2025 verlängert worden – dies bedeutet, dass die ukrainischen Schutzsuchenden bis zu diesem Zeitpunkt keinen Asylantrag stellen müssen. Die Aufenthaltserlaubnisse werden nicht automatisch verlängert. Die Verlängerung bedeutet einen hohen Arbeitsaufwand, da z.B. die Kindergeldzahlungen für die Ukrainer begrenzt worden sind auf den 03.03.2024. Das bedeutet, dass für alle Kindergeldempfänger Verlängerungsanträge gestellt werden müssen. Hierfür wiederum ist Voraussetzung, dass eine verlängerte Aufenthaltsgenehmigung vorgelegt werden muss, welche zunächst von der Ausländerbehörde ausgestellt werden muss. Bekannt ist – so Herr Struffert, dass auch in dieser Behörde ein chronischer Personalmangel bzw. hoher Arbeitsdruck herrscht. Sollten die Aufenthaltsbescheinigungen nicht rechtzeitig vorliegen, könnte es so laufen, dass die Stadt Billerbeck in Vorleistung treten müsste und anschließend Erstattungsanträge bei der Familienkasse gestellt werden müssten – ein sehr hoher zusätzlicher Verwaltungsaufwand.

Abschließend kritisiert Herr Struffert das derzeitige Verteilsystem der Europäischen Union. In Deutschland werden seit Jahresanfang monatlich zwischen 25.000 und 30.000 Asylanträge gestellt – vergleichsweise werden z.B. in Frankreich lediglich 50 % der Asylanträge gestellt und dieses obwohl Deutschland von Drittstaaten umgeben ist und die Registrierung sowie der Asylantrag in den erstaufnehmenden Staaten durchgeführt werden sollte. Die Staaten z.B. Tschechien, Ungarn, Österreich, aus denen die Flüchtlinge ursprünglich nach Deutschland kommen, weisen extrem niedrige Zahlen von Asylanträgen auf.

Eine Anpassung der Zuweisungen und Möglichkeiten der Finanzierung durch das Land bzw. den Bund müssen dringend erfolgen – erste Gespräche und Lösungsvorschläge haben auf höchster politischer Ebene hierzu stattgefunden.

Abschließend betont Frau Dirks, dass die Verwaltung stets bestrebt ist, den Flüchtlingen beste Voraussetzungen, wie z.B. das Erlernen der deutschen Sprache, für die Eingliederung in ein "normales" Leben zu ermöglichen.

Seitens der SPD meldet sich Herr Tauber zu Wort und bestätigt, dass seitens der Bundesregierung erste Gespräche hinsichtlich der Finanzierung stattgefunden haben. Mit ins Boot geholt werden müsste allerdings auch die EU, welche die Verteilschlüssel festlegt. Zu bedenken ist dennoch immer, dass hinter diesen Zahlen der Asylbewerber menschliche Schicksale stecken. Die Betreuung erfordere sicherlich ebenso hohe Anforderungen an die Mitarbeiter vor Ort – hierfür bedankt sich Herr Tauber ausdrücklich.

Für die FamilienPartei gibt Herr Geuking zu bedenken, dass in Zukunft ein Punkt erreicht sein werde, an dem die vorgenannten Aufgaben nicht mehr leistbar sein werden. Er bezweifelt Nachbesserungen auf höheren Ebenen. Zudem weist Herr Geuking auf die Problematik des Wohnens bzw. Wohnungsbaus hin.

Hierauf entgegnet Frau Dirks, dass die Belange der Billerbecker Bevölkerung keinesfalls hintenanstehen und die Verwaltung vornehmlich in eigene Unterkünfte oder Häuser investiere. Containerunterbringung von Schutzsuchenden – auch zeitlich begrenzt – soll weiterhin vermieden werden.

Frau Besecke führt ergänzend aus, dass für die Flüchtlinge ausschließlich Immobilien genutzt werden, die nicht auf dem "normalen" Wohnungsmarkt für Familien angeboten werden.

Auf Nachfrage von Frau Dirks und in Übereinstimmung mit allen Ausschussmitgliedern wird der Tagesordnungspunkt verlassen.

#### **4. Mitteilungen**

Keine.

#### **5. Anfragen**

Keine.

Marion Dirks  
Vorsitzende

Ute Höning  
Schriftführerin